

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72208. — Verlag in Leipzig: Lauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208	Inseratenpreise: Die 10spalt. Kolonellzeile 35 Pfg. bei Platzvorrat 40 Pfg. Stellenangebote 10spalt. Kolonellzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10spalt. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate o. ausw.: die 10spalt. Kolonellzeile 40 Pfg. bei Platzvorrat. 60 Pfg. Reklamezeile 2.25 Mk.
--	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Abonnementsstellen und alle Postämter entgegen

Die Nettuno-Abkommen ratifiziert

Ohne Teilnahme der Kroaten

II Belgrad, 14. August.

In der Abend Sitzung der Stupschina am Montag begann die Aussprache über die Ratifizierung der Nettuno-Abkommen. Es kam zu hitzigen Auseinandersetzungen, als die Abgeordneten der Landwirtpartei gegen die Vorlage der Nettuno-Abkommen Einspruch erhoben und feststellten, daß damit die Regierung das Land Dalmatien an Italien verkaufe. Diese wichtige Frage dürfe in Abwesenheit der kroatischen Abgeordneten in der Stupschina überhaupt nicht erledigt werden. Unter tosendem Lärm beantragte die Opposition schließlich die Vertagung der Erledigung der Nettuno-Abkommen, bis die Kroaten in die Stupschina zurückgekehrt seien. (Die eigentliche Opposition, die kroatische Bauernpartei und die unabhängigen Demokraten, haben natürlich an der Sitzung überhaupt nicht teilgenommen. Red.)

In seiner Antwort stellte der Vertreter des Außenministers, Dr. Schumenkowitzsch, einleitend fest, daß die jugoslawische Regierung den aufrichtigen Wunsch habe, mit Italien alle schwebenden Fragen zu regeln. Die Abkommen von Nettuno regelten zahlreiche Fragen rein technischer Natur. Auch Pribitschewitsch habe nicht den Beweis erbringen können, daß ernste Gründe für die Ablehnung der Abkommen vorhanden seien. Im Gegenteil trage auch Pribitschewitsch einen Teil der Verantwortung für diese

Abkommen, da er Mitglied der Regierung gewesen sei, die die Verträge abschloß, aus denen die Abkommen von Nettuno hervorgingen. Neulich äußerte sich Schumenkowitzsch auch bezüglich der ablehnenden Stellungnahme Trumbitschs. Selbst die kroatische Bauernpartei trage einen Teil der Verantwortung dafür, da ihr Führer, Stephan Raditsch, in der Regierung gesessen habe, die die Abkommen gültig. Schumenkowitzsch bat zum Schluß seiner Ausführungen die Abgeordneten, die vorgelegten Abkommen zu ratifizieren, in der Überzeugung, daß damit dem Vaterland ein Dienst erwiesen werde.

Nach der Erklärung des stellvertretenden Außenministers Schumenkowitzsch schritt die Stupschina um 21.30 Uhr zur Abstimmung über die Annahme der Nettuno-Abkommen. Charakteristisch war, daß kein einziger kroatischer Abgeordneter, auch nicht die der Regierungspartei angehörenden Kroaten, bei der Abstimmung zugegen war.

Sie verließen kurz vor der Abstimmung den Saal und entschuldigten sich mit dringenden Geschäften. Für die Ratifizierung der Nettuno-Abkommen wurden 158 Stimmen abgegeben. Nach der Abstimmung wurde die Sitzung auf Dienstagvormittag vertagt.

III Agram, 13. August.

In der Sitzung des Abgeordnetenklaubs der Kroatischen Bauernpartei ist Dr. Matschek einstimmig zum Präsidenten des Klubs an Stelle des verstorbenen Raditsch gewählt worden.

Griechenland vor den Wahlen

Ein Deutscher führt die Monarchisten. — Die Wahlbündnisse. — Der liberale Jongleur Venizelos. — Der Tabakarbeiterstreik. — Die Taktik der Sozialisten.

(Von unserem Korrespondenten.)

Athen, Anfang August.

In Griechenland bereitet man sich auf die gesetzlichen Wahlen vor, die am 19. August stattfinden.

Das wird ein heißer Wahlkampf werden. Man wird dieses Mal für oder wider die Republik stimmen müssen, denn seit der Rückkehr von Venizelos zur Macht und zum politischen Leben tritt diese Frage wieder in den Vordergrund. Sie wird so lange aktuell bleiben, bis die Republik sich auf die Mehrheit der politisch schwankenden, wenig gebildeten zugewanderten Massen stützen kann, die die Monarchisten jetzt zu sich hinüberziehen versuchen.

Die Monarchisten treten mit Leidenschaft in den Wahlkampf. Sie versuchen, eine Einheitsfront zu bilden. Zu diesem Zweck ist wahrscheinlich auf Veranlassung des Exkönigs Georg, der ehemalige Minister und Berater am königlichen Hofe, namens Streit, eingetreten nach Athen gereist. Streit ist von deutscher Herkunft. Seine Vorfahren sind mit den Ueberbleibseln einer bayerischen Armee zur Zeit Ottos von Bayern nach Griechenland gekommen. Die Nachkommen leben noch heute im Dorfe Heraklion auf der attischen Ebene. Die Monarchisten haben Streit zu ihrem erwählten Führer erkoren. Man kann sich leicht vorstellen, daß diese Palastrevolution nun die republikanischen Elemente zu einem gemeinsamen Block zusammenschweißt. Schon koalieren sich alle republikanischen Parteien mit den Liberalen, mit Ausnahme von Kaphandaris, dem früheren Führer der liberalen Partei, der durch Venizelos seines Postens enthoben wurde. Sie vereinigen sich hauptsächlich deshalb mit Venizelos, weil sonst ihre Parteien infolge der Unterdrückung des proportionalen Wahlrechts durch Venizelos keine Sitze erhalten würden. Venizelos hat jedoch Bapanastasia von der Republikanischen Union, dem General Kondylis von der National-republikanischen Partei und Michalopoulos von der Konservativ-republikanischen Partei 30 Sitze bewilligt.

Nur General Pangalos, der gestürzte Exdiktator, der eben erst von Venizelos aus dem Gefängnis gelassen wurde, will Einzelisten aufstellen und sogar so weit gehen, sich mit den Konservativen zu verbinden!

Schließlich wird es dem schlaunen Kretenser Venizelos doch gelingen, alle Republikaner unter seiner Fahne zu scharren. So tritt also die bürgerlich-monarchistische und die republikanische Richtung in den Kampf, getrennt durch überlieferten Haß und durch verschiedene Interessen und Programme, die man folgendermaßen formulieren kann:

Die griechischen Monarchisten haben nur ein ernstes Programm, die Wiederherstellung der Monarchie. Venizelos, der parlamentarische Glaubensbekenntnisse liebt, ohne selbst daran zu glauben, hat in Saloniki eine Rede mit viel Versprechungen gehalten. Er will 5000 Beamte abbauen, um zu sparen. Er verspricht eine gerechte Verteilung der Steuern, Arbeiten in Trockenlegung und Straßenbau, vorteilhafte Handelsverträge mit dem Ausland, Förderung landwirtschaftlicher und praktischer Schulen, Fürsorge für die Flüchtlinge, eine großzügige Dezentralisation der Verwaltung. Die Gesetze sollen nicht vor den Großen und Mächtigen des Landes Halt machen.

Die Außenpolitik soll eine Politik des Friedens sein. Einer Delegation von Konstantinopolitanischen Griechen, die noch von Kevanah träumen, erklärte er: „Sobald ich zur Macht gelange, ist der Krieg eine Unmöglichkeit.“ Er verspricht dem griechischen Volke gute Beziehungen und Freundschaftsbündnisse mit der ganzen Welt, mit der Türkei, mit Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Italien und mit den westlichen Mächten.

Diese Programmrede war mit mehr oder weniger nützlichen Dingen vollgestopft, bunt und schillernd wie die Waren, die man in den offenen Bazaren des Orients, in imposanten Gewölbten den neuen Passanten vorlegt. Außerdem schöpft die liberale Demagogie, von Lloyd George bis zu Venizelos, bald aus dem Brunnen des Konservatismus, bald aus dem des Sozialismus, je nachdem sie es für gut befindet, ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, wie weit sie ihre Versprechungen erfüllen und entgegengesetzte Elemente miteinander versöhnen kann. So ist es auch mit Venizelos, der von dem rechten Zweig dieser Jongleure und Demagogen des alten Griechenland abstammt, deren Vorbild für alle Zeiten Georgias Platon bleiben wird. Venizelos verpflichtet nicht nur seinem Publikum, er überzeugt sie auch von dem, was er verspricht, ohne selbst gewiß zu sein, ob er seine Versprechungen verwirklichen kann.

Dieses Wahlprogramm ist an sich recht nett. Man kann ihm nur kein Vertrauen entgegenbringen. Erst nach den Wahlen wird man das wirkliche Programm des zukünftigen Diktators erfahren. Es muß uns jetzt genügen, sein persönliches Programm zu erkennen, den Ehrgeiz des verärgerten Greises, der nach der Präsidentschaft der Republik mit Erweiterung der Macht strebt. Sein Temperament gleicht dem der Gene-

Gegen den Bau des Panzerkreuzers

Der Vorstand des Unterbezirks Wurzen-Grimma-Döbich der SPD sahle einstimmig folgenden Beschluß:

Der Gesamtverband des Unterbezirks Wurzen-Grimma-Döbich verurteilt die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichsminister zur Durchführung des Beschlusses über den Bau des Panzerkreuzers A. Er erwartet, daß Parteivorstand, Parteiauswahlgang und Reichstagsfraktion alsbald zu dieser Sachlage Stellung nehmen.

Auf dem Bezirksparteiabend des Bezirks Zwickau-Blauen der Sozialdemokratischen Partei, das von circa 10 000 Menschen besucht war, wurde einstimmig folgende von der Parteijugend eingetragene Entschiedenheit angenommen, die an die Reichstagsfraktion gerichtet ist:

„Wir schärfen Sozialisten, die wir heute, am 12. August, in Blauen zu einem Parteitag des Bezirks Zwickau-Blauen beizammen sind, fühlen uns aufs tiefste bedrückt von dem, was unsere Genossen in der Reichsregierung über sich haben ergehen lassen. Wir sehen in dem Beschluß des Reichskabinetts, den von uns abgelehnten Panzerkreuzer doch zu bauen, eine schändliche Verhöhnung der deutschen Arbeiterschaft und der Bemühungen der Sozialistischen Internationale. Wir fordern die Reichstagsabgeordneten und die Mitglieder der Reichsregierung, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, auf, zu dieser herausfordernden Klassenkampfhandlung des Bürgerturns nicht zu schweigen, sondern den Kampf gegen die Anmaßungen der Reaktion aufzunehmen. Wir verlangen den Austritt unserer Genossen aus der Reichsregierung. Wir fordern härtesten Kampf im Parlament gegen das Bürgerturn. Keinen Wagnis dieser Reichswehr! Wir warnen alle koalitionsfreundlichen Genossen vor arbeitserfindlichen Bündnissen mit dem Bürgerturn! Wir wünschen eine große, starke Sozialdemokratische Partei und die beständige Sammlung des gesamten Proletariats unter den roten Fahnen der Sozialdemokratie. Dieses Ziel werden wir aber nur erreichen durch härtesten Klassenkampf gegen das Bürgerturn. Heraus aus der Reichsregierung!“

Protest der Friedensgesellschaft

Die Deutsche Friedensgesellschaft protestiert auf das Entschiedenste gegen den Beschluß des Reichskabinetts, den Bau des im vorigen Reichstag beschlossenen Panzerkreuzers zu beginnen. Dieser Kabinettsbeschluß ist der denkbar schlechteste Akt für die bevorstehenden Beratungen in Genf, bei denen Deutschland die Aufgabe hat, die Abrüstung der anderen Länder zu fordern und durch seine eigene Politik zu unterstützen. Gerade diejenigen Parteien, die im alten Reichstag gegen den Beschluß, einen neuen Panzerkreuzer zu bauen (der nur der Anfang einer neuen Aufrüstung ist), stimmten, haben den Wahlkampf zum gegenwärtigen Reichstag mit der entschiedensten Stellungnahme gegen den Panzerkreuzerbau geführt. Ist schon das Argument, daß der neue Reichstag die Beschlüsse des alten auszuführen habe, hinlänglich, weil dann Mehrheitsveränderungen durch Wahlen jeden Sinn verlieren, so bedeutet dieser Beschluß geradezu einen Schlag in das Gesicht der Wählermassen, die am 20. Mai die Reichsregierung gestürzt haben. Es ist nicht die Aufgabe des neuen Reichstags und der neuen Reichsregierung, die Aufrüstungsbestrebungen der Reichswehr und der deutschen Rüstungsindustrie zu unterstützen, sondern diejenige aufrichtige und geradlinige Friedenspolitik zu treiben, die die Abrüstungsbereitschaft in den anderen Ländern fördert. So wenig wie in England, Frankreich und Amerika, so wenig vertritt sich in Deutschland Kriegsrüstung und Panzerkreuzerbau. Die Deutsche Friedensgesellschaft hofft, daß ein Entwürfskurs in den Parteien der Linken den Kabinettsbeschluß hinwegjagen wird!

Der Reichsetat für 1929

Neue 600 Millionen werden gebraucht

Im Reichsfinanzministerium haben jetzt die Vorarbeiten für den nächsten Etat begonnen. Die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1929 macht, wie die Börsische Zeitung erzählt, besondere Schwierigkeiten, weil man zwangsläufig mit einer Steigerung der Reparationsverpflichtungen und gleichzeitig mit einer Verringerung der Einnahmen rechnen muß. Vorausgesetzt, daß es bis dahin nicht zu einer Neuregelung der Reparationen kommt, wird das Haushaltsjahr 1929 das erste sein, in dem die normalen Reparationsleistungen von 2,5 Milliarden Mark aufzubringen sind. Das Reich hat davon unmittelbar 150 Millionen Mark gegenüber 1247 Millionen Mark im laufenden Haushaltsjahr zu zahlen. Es ergibt sich also eine Mehrausgabe von rund 300 Millionen Mark; daneben aber fallen zwei wichtige Einnahmeposten fort. Aus den Ueberfällen des Jahres 1927 sind im laufenden Etat 125 Millionen Mark eingestellt. Weitere 175 Millionen sollen sich im Jahre 1927 aus der Prägung von Reichsmünzen ergeben. Diese einmaligen Einnahmen sind für das nächste Etatsjahr nicht zu erwarten. Im ganzen ist für 600 Millionen Mark neue Deckung zu beschaffen, wenn es nicht gelingt, die Ausgaben in härterer Weise herabzusetzen. Die Frage der Deckung soll in Angriff genommen werden, sobald die einzelnen Ressorts den Voranschlag ihrer Einzeletats fertiggestellt haben werden, was etwa am 15. September zu erwarten sein wird.

Angeht es solcher finanzieller Schwierigkeiten erscheint es erst recht unverantwortlich, Tausende von Millionen für ebenso sinnlose wie überflüssige Panzerschiffe hinauszuworfen.

Benesch zur außenpolitischen Lage

III Prag, 14. August.

Außenminister Dr. Benesch hielt am Sonntag bei der Eröffnung einer Ausstellung in Kuttenberg eine Rede, in der er die inner- und außenpolitische Lage der Tschechoslowakei als günstig bezeichnet. Benesch wies im Verlauf seiner Ausführungen darauf hin, daß der Völkerverbund zwar nicht allen Kriegen vorbeugen könne, aber doch ein großer moralischer Faktor sei. Die Locarno-Verträge bildeten einen großen Schritt nach vorwärts. Die Tschechoslowakei müsse darauf bedacht sein, daß alle Arbeit zugunsten der Erhaltung des Friedens auch ihr zugute komme. Frankreich sei der Verbündete der Tschechoslowakei, Deutschland, ein sehr starker Staat, sei ihr Nachbar. Es sei also sehr wichtig, was diese beiden Staaten untereinander ausmachten. Ein Krieg am Rhein würde auch Unruhe an der Elbe, an der Moldau und an der Donau bedeuten. Angesichts der Tatsache, daß um den Frieden „gekämpft“ werden müsse, brauche man nicht pessimistisch zu sein. Die Tschechoslowakei habe ein geregelttes Verhältnis zu allen Staaten, außer Rußland. Die beiden wichtigsten Fragen seien die Anschlußfrage und die ungarischen Bestrebungen zur Herbeiführung einer Abänderung des Trianon-Vertrages. Beide Angelegenheiten müsse man aufmerksam verfolgen, ohne sich vor ihnen zu fürchten. Man müsse sich auf sich selbst verlassen, aber auch auf die Verbündeten.